

Tendenzbeschluss

„Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung“

Verabschiedet auf der Herbstklausur der FDP-Bundestagsfraktion
am 11. September 2008 in Wiesbaden.

1. Einleitung

Die Energieversorgung der Zukunft muss klimafreundlich sein, um unsere Kinder zu schützen – sie muss sicher und bezahlbar bleiben, um die Grundlagen unseres Wohlstands zu erhalten.

Deutschland braucht wieder ein zukunftsfähiges Energieprogramm, das diese Ziele gemeinsam und gleichrangig verwirklicht. Der Energiehunger vor allem in asiatischen Ländern, der Schutz unseres Klimas und eine Explosion der Öl- und Gaspreise stellen die deutsche Energiepolitik dabei vor bisher nicht bekannte Herausforderungen. Ohne ein in sich schlüssiges klima- und energiepolitisches Konzept, das die drei Ziele beachtet, ist unsere ökologische und ökonomische Basis auf Dauer ebenso in Gefahr wie der soziale Friede.

2. Energie muss bezahlbar bleiben

Haushaltsstrom, Autofahren und Heizen dürfen keine Luxusgüter sein. Eine spürbare Entlastung aller Bürger von hohen Energiekosten ist daher dringend erforderlich. Sozialtarife sind keine Lösung, sondern Umverteilungspolitik zu Lasten der übrigen Stromverbraucher oder Steuerzahler. Der Staat verdient an jeder Preisrunde durch Steuern und Abgaben kräftig mit – bei Strom mit einem Anteil von 40% vom Endkundenpreis für Haushalte. Heute führt die Ökosteuer dazu, dass aus Gas erzeugter Strom dreifach besteuert wird – als Gas mit der Gassteuer, als erzeugter Strom mit der Stromsteuer und schließlich mit der Umsatzsteuer. Der Staat kann sich also eine Entlastung leisten. Liberalisierungsgewinne müssen wieder dem Verbraucher zufließen.

Das bringt eine liberale Energiepolitik:

Kurzfristig mehr Netto für alle Verbraucher

- Durch die Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie von 19 Prozent auf 7 Prozent. Die Dinge des täglichen Bedarfs müssen für die Mitte der Gesellschaft

wieder erschwinglich werden. Dazu bedarf es einer Absenkung der Belastung in diesem Bereich und einer Überarbeitung des gesamten Umsatzsteuersystems.

- Durch Abschaffung der unverhältnismäßigen und komplizierten Doppel- und Dreifachbesteuerung von Energie mittels Ökosteuern und Mehrwertsteuer; die Ökosteuern werden durch eine zielgenaue Belastung von Treibhausgasemissionen ersetzt - zum Beispiel durch handelbare CO₂-Verschmutzungsrechte.
- Durch Verwendung der Staatseinnahmen, die in Zukunft durch eine Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten in Milliardenhöhe erzielt werden, für eine Entlastung von Bürgern und Wirtschaft von Energiesteuern sowie langfristig die Ablösung der Energiesteuern durch das Lenkungsinstrument der CO₂-Verschmutzungsrechte.
- Durch die Rücknahme der letzten Mineralölsteuererhöhung auf Biokraftstoffe, die zusammen mit dem Beimischungszwang zu deutlichen Benzinpreissteigerungen geführt hat.
- Durch Wiedereinführung der Pendlerpauschale bis zum Inkrafttreten einer umfassenden Steuerreform.
- Durch eine effektivere Aufsicht über die Energiebörsen, um Preismanipulationen an den Strom- und Gasbörsen vorzubeugen. Dazu sollte eine unabhängige Marktbeobachtungsstelle z.B. beim Bundeskartellamt geschaffen werden, die durch neue Analyseinstrumente bereits während des Handelsvorgangs Manipulationen aufdecken kann. Insiderhandeln wird im gesamten Börsenhandel unter Strafe gestellt.
- Durch niedrigere Netzentgelte mit Hilfe einer strikten Kontrolle der Netzbetreiber und Steigerung der Effizienz im Betrieb der Netzmonopole. Im Bereich der Stromübertragungsnetze könnten bereits heute erhebliche Kosten in mehrstelliger Millionenhöhe eingespart werden. Denn der Ausgleich von Energieangebot und Nachfrage durch die Bereitstellung von sog. Regelernergie erfolgt bisher zu hohen Kosten (rd. 1 Mrd. € im Jahr) durch die vier Betreiber der heutigen Regelzonen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW jeweils getrennt innerhalb der Grenzen ihrer Netze. Erheblich effizienter wäre es, diesen Ausgleich in einem deutschlandweiten Markt für Regelernergie zu organisieren.
- Durch Zusammenschluss der großen Netzbetreiber in einer gemeinsamen deutschen Netz Aktiengesellschaft. Diese Netzgesellschaft ist strikt unabhängig von allen wettbewerblichen Unternehmensbereichen der beteiligten Energieunternehmen zu führen. Ihr ist die volle Verantwortung für Investitionen in das deutsche Übertragungsnetz einschließlich der dazu notwendigen finanziellen Mittel zu übertragen. Eine staatliche Beteiligung an dieser Gesellschaft wäre angesichts der Kontrolle durch die Bundesnetzagentur überflüssig und unproduktiv.

Längerfristige Strategie für niedrigere Preise...

Um die Senkung staatlicher Energielasten dauerhaft abzusichern, brauchen wir eine Langfriststrategie, die an den Wurzeln der übermäßigen Preissteigerungen ansetzt:

...durch mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten

- Dazu muss die heute auf nur vier Unternehmen konzentrierte Herrschaft über die Energieerzeugung aufgebrochen werden. Das Bundeskartellamt muss durch Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in die Lage versetzt werden, als ultima ratio marktbeherrschende Monopol- oder Oligopolunternehmen aufzubrechen und zu entflechten.
- Für die dringend erforderlichen Investitionen in neue Kraftwerke brauchen wir wieder kalkulierbare politische Rahmenbedingungen und keine neuen Hürden gegen ausländische Investoren im Aussenwirtschaftsrecht.
- Unabhängige Investoren benötigen leichteren Zugang zu den deutschen Energiemärkten. Ihnen könnte durch einen Einspeise – und Anschlussvorrang für Strom aus neu errichteten Anlagen vorübergehend zusätzliche Sicherheit gewährt werden.
- Durch Netzausbau soll die Möglichkeit für Stromimporte aus Nachbarländern und damit für grenzüberschreitenden Stromwettbewerb zu Gunsten der Verbraucher verbessert werden. Deutsche Energiemärkte müssen mit den europäischen Energiemärkten enger verknüpft werden. Erlöse, die Energieversorger heute aus der Vermarktung knapper Stromtransportkapazitäten an den Grenzen erzielen, müssen in den Ausbau der grenzüberschreitenden Strom- und Gasnetze investiert werden.
- Der Wettbewerb im Gassektor ist durch eine Reduzierung der Marktgebiete und einen deutschlandweiten Börsenhandel voranzutreiben.

...durch mehr Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung von den knappen und teuren Rohstoffen Öl und Gas

- Im Verkehrsbereich könnte die nahezu vollständige Abhängigkeit vom Öl durch eine Umstellung auf den Elektroantrieb nachhaltig reduziert werden. Für den zusätzlichen Strombedarf der Elektrofahrzeuge bietet sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an.

...durch ein Gesetz zur Verlängerung der Restlaufzeiten der Kernkraftwerke.

- Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch falsch. Ohne eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke drohen erhebliche Energiepreissteigerungen durch die sich abzeichnende Versorgungslücke. Denn nach den Einschätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums kann eine Versorgungslücke in den nächsten sieben Jahren nur durch ein Weiterlaufen ineffizienter und CO₂-intensiver Kohlekraftwerke vermieden werden, wenn sich der Bau von Ersatzkraftwerken weiterhin verzögert.

- Kernenergie ist solange unverzichtbar, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen, oder die Technik der CO₂-Abscheidung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab beherrscht wird.
- Kernkraftwerksbetreiber sollten einen Teil der finanziellen Vorteile, die ihnen die Laufzeitverlängerung bringt, an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abführen. Die Erträge der Stiftung sollten zur Forschung an innovativen Energietechnologien eingesetzt werden, mit denen Treibhausgase vermieden oder die Energieeffizienz verbessert werden kann. Ferner sollten die Betreiber von Kernkraftwerken sich dazu verpflichten, unabhängigen Händlern und Großabnehmern den Bezug einer bestimmten Menge Atomstrom zu Erzeugerpreisen zu ermöglichen. Damit wäre für Wirtschaft und Verbraucher die Chance auf niedrigere Energiepreise eröffnet.
- Die Erkundung des Salzstocks Gorleben ist mit dem Ziel wieder aufzunehmen, eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle treffen zu können.

...durch mehr Klimaschutz zu geringeren Kosten

- der Schutz des Klimas ist nicht zum Nulltarif zu haben. Instrumente der deutschen Klimaschutzstrategie, mit denen internationale und nationale Vorgaben zur Verringerung von Treibhausgasen umgesetzt werden sollen, müssen jedoch in einem Energieprogramm besser aufeinander abgestimmt werden. Klimaschutz muss effektiver werden und Anreize für Bürger und Unternehmen setzen, den größtmöglichen Umweltnutzen zu den geringsten Kosten zu erzielen. Klimaschutz darf sich nicht länger an den Interessen von Anlagenherstellern ausrichten und dauerhaft subventionsabhängige Industriesektoren schaffen.
- Stattdessen sollte langfristig das bereits international eingeführte Handelssystem für CO₂-Verschmutzungsrechte als Vorbild genutzt werden, die Freisetzung von CO₂ oder anderen Treibhausgasen möglichst umfassend und europaweit einheitlich vom Erwerb sog. handelbarer Verschmutzungsrechte (Emissionszertifikate) abhängig zu machen. Funktionierende Märkte für Emissionszertifikate bewirken ohne zusätzliche staatliche Regulierung von Technologien, dass sich die relativ zum CO₂-Preis günstigeren Erzeugungstechniken und Produkte durchsetzen.

3. Energie muss sicher bleiben: Nur eine sichere Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen schützt dauerhaft die Grundlagen unseres Wohlstands

- Die sichere Versorgung Deutschlands mit Energie muss einen höheren politischen Stellenwert erhalten. Auch aus diesem Grund brauchen wir ein Energieprogramm mit dem Ziel, die Abhängigkeit von Energieimporten nach Risikogesichtspunkten zu bewerten und zu verringern. In Zeiten einer immer stärkeren weltweiten Konkurrenz um knappe Energierohstoffe und wachsender politischer Instabilität sollte Versorgungssicherheit neben Umweltschutz und Preiswürdigkeit wieder zu einem zentralen und gleichrangigen Element der Energiepolitik in Deutschland werden.

- Je größer die Vielfalt der Energieträger, Rohstofflieferländer und Erzeugungstechnologien desto sicherer wird unsere Energieversorgung in der Zukunft sein. Die wichtigste Strategie, um die Versorgung Deutschlands mit Energie für die Zukunft sicherzustellen, bleibt daher ein breiter Mix aus erneuerbaren Energien, Kernkraft, Öl, Kohle und Gas. Eine Politik, die zu einer immer stärkeren Abhängigkeit von wenigen Lieferländern führt, wie sie beim Atomausstieg für Gas droht, macht Deutschland politisch erpressbar.
- Deutschland sollte in der Lage bleiben, den Bedarf an grundlastfähigem Strom ohne Abhängigkeit von Stromimporten herzustellen. Kohle wird auf absehbare Zeit weiter ein Rückgrat deutscher Stromversorgung mit Grundlaststrom bilden. Wegen des hohen schwankungsanfälligen Windenergieanteils kann selbst bei einem Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung von 30% auf konventionelle Kraftwerke nicht verzichtet werden, um Versorgungssicherheit an jedem Tag im Jahr zu garantieren. Neue Kohlekraftwerke dürfen jedoch nur noch ans Netz, wenn sie mit Technologie zur CO₂-Abscheidung nachrüstbar sind.
- Erneuerbare Energien müssen stärker als bisher zu mehr Unabhängigkeit von Energieimporten und einzelnen Rohstofflieferländern beitragen. Um die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie zu einem zuverlässigen Element der Energieversorgung zu machen, sind neue Konzepte notwendig, mit denen der Anteil erneuerbarer Energie an gesicherter und ständig verfügbarer Leistung erhöht werden kann. Dieser Anteil beträgt bei Windenergie zurzeit nur 5-10%. Überschüsse bei der Erzeugung von Strom aus Sonne und Wind müssen speicherfähig gemacht werden, damit sie später in Nachtzeiten, bei Windstille und gleichzeitig hoher Stromnachfrage an den Verbraucher abgeben zu können. So können die natürlichen Schwankungen bei der Sonnenscheindauer und der Windstärke mit einem viel geringerem Bedarf an neuen Reservekraftwerken ausgeglichen werden. Die Forschung für Energiespeicher muss erheblich ausgebaut werden.
- Ohne den dringend erforderlichen Ausbau der Energieinfrastruktur gefährdet Deutschland seine Versorgungssicherheit. Der Genehmigungsstau bei Kraftwerken und Freileitungen muss daher schleunigst aufgelöst werden. Das gesellschaftliche Akzeptanzproblem für solche Projekte kann nur von Politik und Energiewirtschaft gemeinsam bewältigt werden.
- Für eine führende Industrienation wie Deutschland ist die sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie eine elementare Lebensquelle. Neben der breiten Streuung von Bezugsquellen fossiler Rohstoffe und des Energieerzeugungsmix kommt deshalb einer strategisch angelegten Energieaußenpolitik entscheidende Bedeutung zu. Insbesondere im Rahmen der EU müssen die Mitgliedsstaaten an einer Energiestrategie arbeiten, die neben der Solidarität in Krisenfällen insbesondere auch ein einheitliches Auftreten nach außen sicherstellt. Stabilität, technische Standards und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen können im Zuge einer Zusammenarbeit mit den Lieferländern exportiert werden und auf diesem Wege zu einer friedlicheren Welt beitragen.

4. Energie muss klimafreundlich werden die erneuerbaren Energien auszubauen, bringt Klimaschutz mit dreifacher Rendite:

Erneuerbare Energien schützen das Klima, schonen die strapazierten Vorräte an Öl und Gas und verringern die deutsche Abhängigkeit von Energieimporten. Die Liberalen befürworten eine Verringerung der Treibhausgase um 30% in der EU bis 2020 und eine international ausgerichtete Klimaschutzpolitik, die auch die großen Verursacher USA, China und Indien einbezieht.

Die erneuerbaren Energien müssen erwachsen werden....

- CO2 freie Energieerzeugung soll langfristig zu einem dauerhaften Stützpfiler einer klimaverträglichen Energieversorgung werden – aber ohne Dauersubvention und als selbstverständlicher Teil der Energiemärkte. Nicht die Maximierung staatlich geförderter Strommengen, sondern die Fähigkeit der CO2-freien Stromerzeugung, am Markt bestehen zu können, sollte oberstes Ziel jeder Förderpolitik sein.
- Die Förderung erneuerbarer Energien muss so umgestellt werden, dass sie Anreize für solche Technologien setzt, die sich am Markt ohne Subventionen behaupten können. Der Einsatz erneuerbarer Energien ist durch das EEG bisher zu einseitig auf die Stromerzeugung fixiert und muss durch Einbezug der Wärmeerzeugung auf eine breitere Grundlage gestellt werden.
- Um erneuerbare Energie auch aus den Quellen Wind und Sonne zu einer jederzeit verfügbaren sicheren Energiequelle der Zukunft zu machen, brauchen wir völlig neue Formen der Energiespeicherung wie zum Beispiel Druckluftspeicher oder Fahrzeuge mit Elektroantrieb.
- Dazu gehört, dass erneuerbare Energien sowohl in Deutschland als auch auf europäischer und globaler Ebene ausgebaut werden, um die deutsche Technologiewirtschaft in zahlreichen Marktsegmenten wirtschaftlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen. Die FDP begrüßt und unterstützt das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärverbrauch auf 20% bis 2020 zu erhöhen; dies entspricht einem Anteil von 30% Prozent im Strombereich.
- Die Nutzung erneuerbarer Energien muss erheblich stärker als bisher in die Entwicklungszusammenarbeit und Außenhandelsförderung Deutschlands integriert werden. Damit werden gleichzeitig deutsche Unternehmen beim Ausbau ihrer Positionen auf den Weltmärkten unterstützt. Umgekehrt muss es Ziel der Energiepolitik sein, den Import von Solarstrom aus den Mittelmeerstaaten einschließlich Nordafrikas im Blick zu behalten und die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Biomasse für Strom, Heizen und Kraftstoffe besser nutzen, ohne Regenwald zu zerstören und die weltweite Nahrungsmittelkrise zu verschärfen

- Für die FDP ist die Nahrungsmittelproduktion weiterhin vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft. Sie wird sich auch in Zeiten des Klimawandels dafür einsetzen, dass

die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarstandorts Deutschlands gesichert bleibt. Jedes Fördersystem für nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung ist auf negative Folgen für die Nahrungsmittelproduktion zu überprüfen. Zur Energiegewinnung sollte daher der Schwerpunkt auf der Verwertung von Reststoffen liegen.

- Nicht „Teller oder Tank“, sondern „Teller und Tank“ muss die Devise sein. Die bessere Strategie als eine zwangsweise Beimischung von Biokraftstoffen zum Benzin, die viele PKW-Motoren nicht vertragen, ist die steuerliche Förderung von Rein-Biokraftstoffen. Diese sind von der neu eingeführten Sondersteuer bis Ende 2009 zu befreien. Ab 2010 ist eine proportionale Besteuerung einzuführen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Biokraftstoffe erhält, eine Überförderung vermeidet und der durch die Politik der Bundesregierung zerstörten heimischen Produktion von Biokraftstoffen eine neue Chance gibt.
- Die Herstellung von Biokraftstoffen aus Rohstoffen, die in Entwicklungsländern auf Kosten von Regenwäldern produziert werden, muss unterbunden werden. Bereits bestehende oder geplante Nachhaltigkeitskriterien müssen nochmals einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, ob sie ausreichend sind, um die Zerstörung der Regenwälder und anderer Gebiete mit hoher biologischer Vielfalt und Bedeutung für den Klimaschutz zu verhindern.

5. Energie umweltschonender produzieren und konsumieren

Weniger Energieverbrauch durch optimale Energieeffizienz und Energiesparen lohnt sich wie nie zuvor

Die größten Potentiale zur Energieeinsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen. Wer Energie sparen will, muss über den Energieverbrauch von technischen Geräten in seinem Haushalt bereits vor einer Kaufentscheidung umfassend informiert sein. Ein besseres Energiemanagement mit Hilfe intelligenter Stromnetze und der Trend zur dezentralen Energieerzeugung reduzieren den Bedarf an Großkraftwerken.

So sieht Energiesparen ohne staatliche Bevormundung aus:

- Strom- und Gasrechnungen geben jedem Verbraucher ein genaues und verständliches Bild seines Energieverbrauchs - auch im Verlauf über das Jahr. Der Steueranteil auf Energiepreise ist auch auf den Tankquittungen klar ersichtlich.
- Die Energieversorger rüsten ihre Stromnetze mit intelligenter Technik aus. Diese erlaubt es den Energiekunden, sich mit digitalen Zählern über den aktuellen Stromverbrauch und den Einfluss von Haushaltsgeräten auf ihre Stromrechnung zu informieren.
- Stromlieferanten bieten Stromtarife an, mit denen der Verbraucher sparen kann, wenn Waschmaschine, Trockner etc. in Zeiten mit schwächerer Stromnachfrage betrieben werden. Intelligente Mess- und Steuertechnik erlaubt gleichzeitig den

Betrieb vieler kleiner dezentraler Stromerzeugungseinheiten und ihren Zusammenschluss zu virtuellen Kraftwerken.

- Anreize für den Einsatz von erneuerbarer Energie für die Heizung oder die Warmwasserbereitung werden ohne staatliche Bevorzugung und Bevormundung einzelner Technologien gesetzt.
- Vermietern wird die Durchsetzung von Mieterhöhungsansprüchen bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden erleichtert, wenn sie garantieren, dass die Betriebskosten für den Mieter gleichzeitig im Umfang der Mieterhöhung sinken.

6. Energie muss innovativer hergestellt werden

Technologiekonzepte für die Energieversorgung von morgen benötigen heute mehr Investitionen in die Forschung

In Deutschland gibt es zurzeit keinen ganzheitlichen Ansatz zur Energieforschung. Die Zuständigkeiten verteilen sich auf vier Bundesministerien mit entsprechend unterschiedlichen Vorstellungen. So werden durch das Festhalten der Bundesregierung am Ausstieg aus der Kernenergie die zur sicheren Endlagerung von radioaktivem Abfall notwendigen Forschungsarbeiten blockiert.

So sehen liberale Leitlinien für eine künftige Energieforschung aus:

- Die Forschung zur Weiterentwicklung der zivilen Nutzung der Kernenergie wird gefördert und nicht wie bisher aus ideologischen Gründen behindert.
- Der Forschung für die Entwicklung der CO₂-Abscheidung für Kohlekraftwerke kommt hohe Priorität zu.
- Forschungsgebiete mit herausragender Bedeutung liegen ferner im Bereich der erneuerbaren Energien bei der Energiespeicherung, bei den Stromnetzen in einer Steigerung der Übertragungseffizienz und intelligenter Netzsteuertechnik sowie im Verkehr bei alternativen Antrieben insbesondere der Elektromobilität.
- Zur Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Energiesysteme bietet sich die Gründung einer „Deutschen Stiftung Energieforschung“ an. Betreiber von Kernkraftwerken, die in der Vergangenheit durch eine verkürzte Abschreibung ihrer Anlagen steuerliche Vorteile erzielt haben, sollten sich bereit erklären, wesentliche Anteile des Stiftungskapitals zu stellen.